

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 06
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski MdB, stellvertretender SPD-Vorsitzender, spricht sich für eine sorgfältige Prüfung des Breschnew-"Spiegel"-Interviews aus: Hoffnungsvolle Zeichen. Seite 1

Hugo Brandt MdB, SPD-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz, unterstreicht die Geschlossenheit seiner Organisation: Wir werden uns bei niemandem anbiedern. Seite 3

Jürgen Böddrich MdL, stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD, schildert, wie der CSU-Vorsitzende die Wahrheit ignoriert: Strauß hebt ab. Seite 6

Dokumentation: Willy Brandt vor der Seliger-Gemeinde: Fortschritt der Völker nur in enger Solidarität. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 612-1

36. Jahrgang / 209

2. November 1981

Hoffnungsvolle Zeichen

Breschnew "Spiegel"-Interview sorgfältig prüfen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die Ausführungen von Leonid Breschnew im "Spiegel" sind in zweifacher Hinsicht bemerkenswert und von Bedeutung für die laufenden und noch bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen:

1. Sie unterstreichen den auf konkrete Ergebnisse abzielenden ernstesten Verhandlungswillen der Sowjetunion.
2. Sie lassen eindeutig die Bereitschaft zum Ausbau der Ost-West-Zusammenarbeit in allen Bereichen erkennen.

Es wäre gut, dieses wichtige Interview genau zu prüfen und sorgfältig auszuwerten und dabei einzelne Passagen nicht aus dem Zusammenhang zu reißen, in den sie gehören, nämlich trotz aller Schwierigkeiten der gegenwärtigen weltpolitischen Lage, den notwendigen Ost-West-Dialog nicht abreißen zu lassen. Insofern wird dem bevorstehenden Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs in der Bundesrepublik eine ganz entscheidende politische Bedeutung zuzumessen sein.

Wenn man das Gewicht der Bundesrepublik "in der europäischen und in der Weltpolitik", von dem Leonid Breschnew in diesem Zusammenhang spricht, auch nicht überschätzen darf, so bleibt doch wichtig, daß wir uns der Verantwortung nicht entziehen dürfen, alles in unserer Kraft Stehende zu tun, damit Verhandlungen und Gespräche nicht nur zustande kommen können, sondern auch zum Erfolg führen.

Kostenlos Umwelt
freundliches Recycling-
Papier



Entscheidend wird sein, ob es den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gelingen wird, in Fragen der Rüstungskontrolle Fortschritte zu erzielen. Die Sowjetunion bleibt trotz der Nichtratifizierung des SALT II-Vertrages an der Weiterführung des SALT-Prozesses interessiert und sie ist in der wichtigen Frage der Verifikation bereit, nicht nur eigene, das heißt nationale Kontrollmittel zuzulassen, sondern auch an der Entwicklung anderer Formen der Kontrolle mitzuwirken.

Als hoffnungsvolle Zeichen der Verständigungsmöglichkeit zwischen Ost und West ist weiter die Tatsache zu werten,

- daß die Sowjetunion den Wunsch des amerikanischen Präsidenten nach einem konstruktiven Verhältnis zwischen beiden Weltmächten, so wie es in dem Brief von Präsident Reagan vom 22. September dieses Jahres zum Ausdruck kam, positiv aufgenommen hat;
- daß die Sowjetunion sich im Bereich nuklearer Mittelstreckenwaffen dazu bereit erklärt hat, "die Gesamtzahl der sowjetischen Raketen zu reduzieren". Sie nennt jetzt auch erstmals Zahlen ihrer Rüstung im nuklearen Mittelstreckenbereich und hebt erneut das Prinzip der annähernden Parität hervor;
- daß hinsichtlich der geplanten Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) eine Einigung über den Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen auf der Basis der Ausführungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs jetzt eher möglich erscheint;
- daß die Sowjetunion die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in langfristiger Perspektive sieht.

Ein innenpolitischer Schlagabtausch über die konkreten Vorschläge und Angaben der Sowjetunion wäre jetzt wenig hilfreich. Worauf es ankommen muß, ist eine ernsthafte und sorgfältige Prüfung. Der Verhandlungsbeginn ist erreicht. Zu ihm ist insbesondere von unserem Lande viel beigetragen worden. Nun kommt es darauf an, daß Ergebnisse erzielt werden.

(-/2.11.1981/hi/ca)

+ + +



Wir werden uns bei niemandem anbindern

Partei und Kanzler können sich auf die rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten verlassen

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender und Ministerpräsidentenkandidat der SPD Rheinland-Pfalz

Mein erstes Wort geht an Klaus von Dohnanyi: Wir waren in Rheinland-Pfalz über Nacht in ein Problem hineingestoßen worden, als Klaus von Dohnanyi die Aufgabe an der Spitze der Freien und Hansestadt Hamburg übernehmen mußte. Aber ich glaube, daß wir das Problem auf honorifique Weise gelöst haben. Die rheinland-pfälzische SPD hat bewiesen, daß sie erstens schnell entscheiden kann, und daß sie zweitens in menschlicher Verbundenheit entscheiden kann, daß der jetzt eingeschlagene und verfolgte Weg ohne Hindernis be- gangen werden konnte, ist der freundschaftlichen und solidarischen Haltung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans Schweitzer und des Fraktionsvorsitzenden Werner Klein zu verdanken: So lange es Sozialdemokraten gibt, die die moralische Kraft haben, bei der Lösung von Problemen von sich selber absehen zu können, ist es um uns nicht schlecht bestellt. Ich bin nun sicher, daß der gute Anfang seine Fortsetzung finden wird. Wir werden niemandem die Freude machen, uns zerstritten zu sehen, und meine Aufforderung geht an alle Sozialdemokraten im Lande, sich an diesem Vorbild zu orientieren. Wir wissen, daß wir uns brauchen, daß wir aufeinander angewiesen sind. Immer dann, wenn die Sozialdemokratie einig war, war sie auch stark. Immer dann, wenn sie uneinig war, war sie schwach.

Für die SPD in Rheinland-Pfalz muß gelten: Die Konzentration der Organisationskompetenz in den Bezirken und eine politische Kompetenz für den Landesverband, diese allerdings wird er voll nutzen. Das wird schon notwendig sein, wenn es um die Formulierung poli- tischer Absichten der Sozialdemokraten für Rheinland-Pfalz geht. Wir haben mit dem Wahlprogramm 1979 bis 1983 eine gute Grundlage, die genutzt werden kann. Wir brauchen nicht alles über den Haufen zu werfen, was dort formuliert wurde.

Unser politischer Standort muß für jeden erkennbar sein: Das Programm wird ein sozial- demokratisches Programm bleiben, es wird kein vorweggenommener Kompromiß mit anderen sein. Kompromisse schließt man nicht schon bei der Formulierung des eigenen Programms, die macht man allenfalls später, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, in einer Koalition die Regierungsfähigkeit herzustellen. Dann aber muß man dazu Willens und fähig sein. Es versteht sich von selbst, daß wir bei der Vorbereitung und Durchfüh- rung unserer politischen Absichten den Sachverstand der Bürger mit einbeziehen werden.

Die CDU hat in Rheinland-Pfalz seit 1979 nur noch eine knappe absolute Mehrheit (51 von 100 Sitzen im Landtag). Diese schmale Decke ist zu durchbrechen. Es wäre im übrigen nach 35jähriger CDU-Herrschaft auch Zeit! Die Beseitigung der absoluten Selbstherrlich- keit in Rheinland-Pfalz muß also unser erstes Wahlziel sein. Das ist möglich, es ist jedoch kein realistisches Wahlziel, deren absolute Mehrheit durch unsere ersetzen zu wollen, deshalb werden wir die Koalitionsfrage offenhalten; dabei werden die in Frage kommenden Partner sich von ihren Interessen leiten lassen. Wir werden uns bei nieman- dem anbindern.

Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir uns auf zwei Partner konzentrieren, denen wir Sozialdemokraten in besonderer Weise verbunden sind. Der eine, das sind die Ge- meinden, deren Interessen schon deshalb nicht vernachlässigt werden dürfen, weil dort die Menschen wohnen und arbeiten. In den Gemeinden entscheidet sich das Verhältnis Bür- ger und Staat, und nirgendwo sonst. Hier entscheidet sich das Schicksal der Demokratie, und nirgendwo sonst. Sie sind das Entscheidungsfeld der lebendigen Demokratie. Deshalb ist es für unsere Partei auch so wichtig, die Ortsvereine als grundlegende Zelle der innerparteilichen Demokratie zu stärken.



Das andere sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind keine Organisation der Partei, und die Partei ist kein verlängerter Arm der Gewerkschaften. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit beider weder die einen noch die anderen ihre Wirksamkeit in der Gesellschaft voll entfalten können. Wir haben an zu vielen Punkten gemeinsam gekämpft, als daß es erlaubt wäre, uns nur auf die Unterschiede zu verweisen. Wir haben viel zu viel miteinander zu tun bei der strukturellen Verbesserung des Landes, bei der Bekämpfung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit, bei der Humanisierung des Arbeitslebens, bei der Beobachtung der Folgenwirkungen neuer Techniken, bei der Ausgestaltung der Ausbildung junger Menschen und bei der Sorge um ältere Menschen, als daß wir zulassen dürften, daß wir uns auf Nebenkriegsschauplätzen ineinander verhaken.

Die Sozialdemokratie ist von ihrem Ursprung und ihrer Geschichte her eine Emanzipationsbewegung, eine Bewegung für die Befreiung des Menschen, und deshalb kann jeder Mann wissen: Unser Ziel ist nicht die Proletarisierung der Selbständigen, sondern die Verselbständigung der Abhängigen.

Wir werden uns den Themen zu stellen haben, die vom Bürger diskutiert werden. Es geht um die Frage, wie der Friede erhalten und gesichert werden kann, und wie die Menschheit von ihrer wahnwitzigen Rüstungshysterie geheilt werden kann. Ich bin sicher, daß, wenn wir nur klug und beherzt handeln, Friede und Freiheit erhalten werden können. Um beides geht es, und nicht um das eine oder das andere. Das aber heißt auch Fortsetzung der Verständigungs- und Entspannungspolitik. Wer diese Politik diffamiert als Kremi-Politik und zugleich unterstellt, dort drüben würden nur finstere Gestalten an den Maschen für die Welteroberung stricken, und nicht anerkennen will, daß dort drüben auch Friedenssehnsucht das Gefühl der Menschen ist, bekommt keinen Zugang zu den Ursachen der Friedensgefährdung. Aber ich weiß sehr wohl, daß Friedenssehnsucht und Friedenswille noch keine Friedenspolitik sind. Die aber wird es nicht geben, oder sie wird zumindest sehr erschwert sein, wenn sie auf der Grundlage eines primitiven Antiamerikanismus gesucht wird. Wem aber freilich zu einer Demonstration von 250.000, bei der im Geiste Millionen dabei waren, Demonstrationen, die sich jetzt in London und in Rom wiederholt haben, nichts anderes einfällt, als "Volksfront", "von Moskau gesteuert", oder gar "umgekehrter Reichsparteitag", der ist unfähig, dieses Instrument zu spielen, ohne es zu ruinieren.

In diesen Tagen lesen wir CDU-Plakate: "Mut zur Entscheidung - Ja zur Zukunft." Plakate. Nur, wird man ja fragen dürfen: Wenn schon Mut zur Entscheidung, möchte ich eigentlich ganz gerne wissen: Zu welcher Entscheidung? Wenn die Entscheidung gemeint ist, weitere Kernkraftwerke zuzubauen, dann habe ich dazu den Mut nicht, weil ich bis jetzt niemandem sagen kann, wo denn der höchst gefährliche Müll gefahrlos gelagert werden kann.

Ja zur Zukunft, auch Recht. Aber zu welcher Zukunft? Wenn eine Zukunft gemeint werden sollte, in der unser Informationssystem Privaten überantwortet werden sollte, dann habe ich nicht die Absicht, zu solcher Zukunft Ja zu sagen. Für unser Verständnis muß es dabei bleiben: Privatrechtliche Organisation der Presse und öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Wir brauchen keine Bild-Zeitung im Fernsehen. Das heißt freilich nicht, daß ich das gegenwärtige öffentlich-rechtliche Rundfunksystem nicht für verbesserungswürdig hielte. Nur sollten sich die Parteien gelegentlich daran erinnern, daß sie an manchem unbefriedigenden Zustand selber Schuld sind.

Wir sind nicht gegen Technik, aber das, was die Technik anzubieten hat, muß sozialverträglich sein. Die Technik ist für den Menschen da, nicht der Mensch für die Technik. Wem in diesem Zusammenhang nur das Stichwort: Investitionshemmnis einfällt, der hat nicht begriffen, in welchen Dimensionen wir uns gegenwärtig bewegen.



Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU, Bernhard Vogel, hat gesagt, mit meiner Wahl sei ein Linksruck in der rheinland-pfälzischen SPD festgelegt worden. Und außerdem hat er hinzugefügt, der Bundeskanzler könne sich auf den neuen Vorsitzenden nicht verlassen. Woher er das bloß weiß - aber vielleicht fragt er mal bei Gelegenheit den Bundeskanzler? Das könnte nicht nur in diesem Fall für ihn erhellend sein!

Vogel wird sich daran gewöhnen müssen, daß er sich mit Sachen auseinandersetzen muß. Die Personenspielerereien, die ja auch alle meine Vorgänger im Landesvorsitz erlebt haben, sind nicht geeignet, die politische Auseinandersetzung zu ersetzen. Ich fühle mich persönlich und politisch eng verbunden mit meinen Vorgängern Jockel Fuchs, Wilhelm Dröscher, Hans Schweitzer und Klaus von Dohnanyi. Drei von ihnen sind an wichtigen politischen Stellen heute noch tätig und dort unverzichtbar, einer - Wilhelm Dröscher - ist nicht mehr unter uns. Seinem Erbe, seiner Vorstellung und Vision des demokratischen Sozialismus, seinem europäischen Engagement fühle ich mich besonders verpflichtet.

Alle haben sie dazu beigetragen, daß der rheinland-pfälzische Landesverband der SPD über alle unvermeidbaren Spannungen und Auseinandersetzungen hinweg ein geschlossener Landesverband geblieben ist: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann sich auf uns verlassen, der Bundeskanzler kann auf unsere Solidarität bauen. Das entspricht nicht nur unserem Selbstverständnis: Das sind wir all denen, die uns vertrauen, schuldig. Wir haben bis zur Landtagswahl 1983 noch viel zu tun: Ich brauche deshalb die Mitarbeit aller 71.000 rheinland-pfälzischer Sozialdemokraten.

(-/2.11.1981/ks/ca)

+ + +



Strauß hebt ab

Der CSU-Vorsitzende ignoriert die Wahrheit

Von Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Landes- und Fraktionsvorsitzender der bayerischen SPD

Allmählich wird es gespenstisch. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß verrennt sich von Tag zu Tag und von Auftritt zu Auftritt immer mehr in Fehleinschätzungen. Er hebt von der Realität ab. Die Landespolitik erklärt er zur Nebensache, dafür läßt er im neuen CSU-Wahlprogramm die Verantwortung Bayerns "für Deutschland, Europa und die Welt" verkünden. Den Bundeskanzler fordert er zum Rücktritt auf und betont gleichzeitig, daß er die Rezepte der Union natürlich nicht ver-raten werde. In der Friedensbewegung sieht er eine Volksfront und - was die Bonner Kundgebung betraf - einen umgekehrten Reichsparteitag. Wer seine Meinung nicht teilt, verunsichert die Öffentlichkeit und gibt bössartigen Journalisten Anlaß zu der Behauptung "Auch in der Union geht es los".

In der Union ist es längst "losgegangen", siehe Biedenkopf, siehe Geißler, siehe Wissmann. Aber Strauß ignoriert die Wirklichkeit. Er befindet sich in Torschlußpanik. Um jeden Preis versucht er ein Kontrastprogramm zu bieten, um als plausible Alternative zur Bonner Koalition zu erscheinen. Er ist sogar bereit, jenen Kohl, den er einst als "total unfähig" bezeichnete, als Kanzler in Kauf zu nehmen - nur weil dies der einzige Weg ist, der für den CSU-Chef noch nach Bonn führen könnte. Alles Reden und Handeln von Strauß gibt es in der Tat nur noch einen Sinn, wenn es unter dem Gesichtspunkt der verzweifelt angestrebten Macht am Rhein gesehen wird.

Wohlwollende mögen in dieser Strauß-Entwicklung etwas Tragisches sehen. Strauß - ein Politiker, der nach einer enormen Lebensleistung ins Abseits abdriftet. Mitleid aber kann dann nicht das Gebot der Stunde und der Nächstenliebe sein, wenn der Bemitleidete in der Politik herumfuhrwerkt wie ein Wolf im Schafspferch. Er sei "mehr als ein einsam trompetender Elefant", diagnostizierte Strauß in Bayreuth seinen Zustand. Wer trompetet noch mit ihm? (Fast) niemand mehr. (-/2.11.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Anlässlich der Auszeichnung mit dem Wenzel-Jaksch-Preis 1981 hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Wochenende vor der Selinger-Gemeinde auch grundsätzliche Ausführungen über das Wesen und Wirken der sudetendeutschen Sozialdemokratie gemacht. Wir dokumentieren diese Passagen des Referats.

Fortschritt der Völker nur in enger Solidarität

Sudetendeutsche Sozialdemokraten habe ich in der Zeit meines Exils nicht erst in Oslo und Stockholm kennengelernt. Im Dezember 1936 bin ich von einem illegalen Aufenthalt in Berlin nach Prag gekommen und habe um die Jahreswende an einer Konferenz meiner damaligen Gruppe teilgenommen; einer Konferenz, von der aus Gründen der Tarnung hieß, sie habe in Kattowitz stattgefunden, während sie in Wirklichkeit in Mährisch-Ostau durchgeführt wurde. Die dortigen Genossen haben uns in ihrem Selbstverständnis von Solidarität aufgenommen und an ihrer stolz getragenen Armut teilhaben lassen.

27 deutsche Sozialdemokraten aus dieser kleinen Stadt mußten dann nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch die deutschen Truppen den Weg ins Lager antreten. Die 27 waren eine kleine Gruppe aus den Sechstausend, denen dieses Schicksal widerfahren ist; die meisten von ihnen landeten in Dachau; viele kamen nie mehr zurück - weder in die alte Heimat noch in eine neue. Und die Zahl derer, die auf unterschiedliche Weise leiden mußten, lag noch viel höher.

Unter ihnen waren diejenigen, die vorher anderen sozialdemokratischen Flüchtlingen geholfen hatten - in Prag und Brünn und anderswo. Viele derer, die aus dem Reich und aus Österreich vor dem braunen Terror flüchteten, haben die enorme Verbundenheit ihrer sudetendeutschen Genossen erfahren. Sie, die selbst wenig hatten, richteten Unterstützungsfonds ein. In Karlsbad, und nicht nur dort, konnten deutsche Texte gedruckt werden. Für die illegale Arbeit wurde manches geeignete "Papier" besorgt. Darüber ist wenig aufgeschrieben worden. Die sudetendeutschen Freunde waren der Meinung, daß über Solidarität nicht viel zu reden ist, sondern daß sie sich im Handeln bewährt.

Die Sozialdemokraten in Böhmen und Mähren waren Teil der alten österreichischen Partei gewesen. Mit ihr hatten sie um soziale Gerechtigkeit und um die politische Demokratie gekämpft. Zugleich aber hatte es die Bewegung in der Doppelmonarchie mit der Nationalitätenfrage zu tun - mit der Frage, wie Völker und Volksgruppen unterschiedlicher Nationalität, Sprache und Tradition nach Prinzipien der gegenseitigen Abhängigkeit miteinander leben und arbeiten können. Schon 1899, auf dem Brünner Gesamtparteitag, wurde ein Nationalitätenprogramm beschlossen, das den - wie ich meine - schönen Satz enthält: "Die Völker können jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen."

Das Nationalitätenproblem hat sich dann mit dem Untergang der Donau-Monarchie verschärft und blieb, zumal aus der Sicht der Deutschen, ohne zukunftssträchtige Perspektive. Die staatliche Neuordnung, im Sinne der tschechoslowakischen Staatsgründung, brachte für die Bevölkerungsmehrheit, für die Tschechen und Slowaken, politische Unabhängigkeit und das staatliche Gebilde, das ihre nationale Identität verlangt hatte. Aber was war mit den gut drei Millionen Deutschen, die in den Grenzen des neuen Staates lebten? Über Jahrhunderte hinweg hatten ihre Familien und Gemeinden in örtlicher und wirtschaftlicher Gemeinschaft mit den Tschechen und Slowaken gelebt; sie waren, zusammengekommen, dreimal so zahlreich. Klare Trennungslinien gab es weder geographisch noch kulturell.

Aber für die Bewohner der überwiegend deutschsprachigen Gebiete war es bei Ende des Ersten Weltkrieges gleichwohl alles andere als selbstverständlich, daß sie zu der neuerrichteten Tschechoslowakei gehören sollten. Es gab Bestrebungen - jedenfalls zu Anfang sicher von der Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung unterstützt, wie übrigens damals auch in Österreich -, sich der neuen Deutschen Republik anzuschließen. Das wurde den Realitäten von 1919 nicht gerecht. Und natürlich führte das zu Konflikten mit denen, die den Bestand ihrer neuen Republik gefährdet sahen:



Die Anschlußbewegungen wurden nach kurzer Zeit schwächer, aber zur Zufriedenheit kam es gleichwohl nicht, weil die Bevölkerungsmehrheit in der Tschechoslowakei zwar die Deutschen in ihrem neuen Staat haben wollte, ihnen aber nicht die Rechte eines Staatsvolkes einzuräumen bereit war. In der rückschauenden Betrachtung halte ich es für überaus bedauerlich, daß es nicht gelungen, wohl auch nicht ernsthaft genug versucht worden ist, die Tschechoslowakei bundesstaatlich oder mit kultureller Autonomie zu organisieren. Die auf tschechischer Seite maßgebenden Kräfte konnten sich so kurz nach der Überwindung ihres eigenen minderen Status nicht dazu durchringen, die Deutschen die Rolle eines (zweiten) Staatsvolkes spielen zu lassen.

Deren demokratische Parteien waren zeitweilig in der Prager Regierung vertreten, aber im Schulwesen, bei der Bestellung von Beamten und auf anderen Gebieten wurden sie nicht angemessen berücksichtigt. Das schlug noch mehr zu Buche, als die große Wirtschaftskrise einsetzte. Darüber habe ich mir Anfang 1937 selbst einen Eindruck verschaffen können. Während die Demokraten in Prag mitarbeiteten und um einen sachlichen Ausgleich bemüht waren, griff eine rechte Separationsbewegung um sich und geriet zunehmend unter nazistische Einflüsse. Vom Dritten Reich sind abschreckende und anziehende Wirkungen ausgegangen; hier waren die letzteren leider bei weitem stärker.

Die Sozialdemokraten, auch andere Anti-Nazis, gerieten zwischen die Mühlsteine. Sie hielten sich tapfer - bis sie geopfert und zermahlen wurden. Ich war als junger Mann traurig über den Massenzustrom zu noch einer Nazi-Bewegung. Aber ich habe mich geärgert, wie achtlos über deren Widersacher hinweggegangen wurde. Auch 1938 hatte die sudetendeutsche Sozialdemokratie noch 85.000 Mitglieder, darunter 25.000 Frauen; und bei den freien Gewerkschaften waren 250.000 organisiert.

Wenzel Jaksch, der letzte Vorsitzende der Partei - die 1919 als Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterbewegung Böhmens, Mährens und Schlesiens von Josef Seliger gegründet worden war - und seine Mitstreiter sind auch in den dunkelsten Zeiten ihren Idealen treugeblieben. Ebenso entschieden wie für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der Tschechoslowakei haben sie gegen den Nazismus gekämpft. Jaksch hat diese Haltung nach dem Krieg gegen die Angriffe mancher Landsleute mit den Worten verteidigt: "Wir haben die Menschenrechte höher geschätzt, als daß wir das Selbstbestimmungsrecht aus den blut-tiefenden Händen eines Tyrannen hinnehmen wollten, weil aus dem Bündnis mit dem Bösen niemals Gutes erwachsen ist."

Der dies sagte, war dann viele Jahre Mitglied des Vorstands und der Bundestagsfraktion der SPD in der Bundesrepublik Deutschland; er starb - 70jährig - im Dezember 1966. Zumal in Angelegenheiten, die die Anliegen der Vertriebenen betrafen, war er kein einfacher Partner, doch einer, der als Gesamteuropäer freiheitlicher Gesinnung deutliche Spuren seines Wirkens hinterließ. Mit hohem Respekt erinnere ich mich an ihn, wenn ich eine Ehre in seinem Namen entgegennehmen darf.

Der Gerechtigkeitssinn war in der Minderheit geblieben

Die Verbrechen des NS-Regimes sind schrecklich gerächt worden - an Unschuldigen, auch und gerade an den Aufrechten, die Widerstand leisteten wie die sudetendeutschen Sozialdemokraten. Sie, die es am wenigsten verdienten, wurden doppelt gestraft: durch die Verfolgung und dann durch die Vertreibung.

Ich erinnere mich an den 1. Mai 1943. Zusammen mit Freunden aus dem Gastland Schweden, aus Norwegen und Dänemark, Österreich und der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, Frankreich und Deutschland kamen wir zur Gründungsversammlung der "Internationalen Gruppe Demokratischer Sozialisten" - wie wir sie damals nannten - in Stockholm zusammen. Ernst Paul war sehr aktiv dabei - Euer verstorbener Vorsitzender, dessen achtzigsten Geburtstag wir vor viereinhalb Jahren feierten, als ich zum 25jährigen Bestehen Eurer Seliger-Gemeinde nach Esslingen gekommen war. Er war unter anderem Vorsitzender der (deutschen) Parteiorganisation in Prag gewesen; ich lernte ihn 1940 in Schweden kennen; wir wurden befreundete Weggefährten, dann auch in der deutschen Nachkriegspolitik.

Wir in der "kleinen Internationale" - wie sie später genannt wurde - machten uns Gedanken über eine Friedensordnung in Europa für die Zeit, wenn der Wahnsinn der Nazis niedergekämpft sein würde. Wir forderten: "Der Friede muß auf der Vernunft aufgebaut werden. Haß bildet keine haltbare Friedensgrundlage. Die Nachkriegspolitik darf nicht von Rache beherrscht werden, sondern muß vom Willen zum gemeinsamen Wiederaufbau getragen sein."

Und, wohl wissend, welche Rolle das ungelöste Nationalitätenproblem und der aus ihm entstandene Unfrieden gespielt hatte, forderten wir weiter: "Minderheiten müssen ihr wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und kulturellen Interessen wahrnehmen können, und es muß ihnen Selbstverwaltung eingeräumt werden. Den Bürgern der Minderheiten ist die wirtschaftliche, soziale, nationale und politische Gleichberechtigung im Staate verfassungsmäßig zu sichern. Diese Rechte müssen international garantiert werden."

Aber es war schon zu spät, jedenfalls war unser Einfluß zu schwach. Die Vernunft, die Menschlichkeit, der Gerechtigkeitssinn waren in der Minderheit geblieben; und die aus ihnen abgeleiteten politischen Forderungen verhallten. Rachegefühl beherrschte die europäische Szene.

Ich erinnere mich noch an einen anderen 1. Mai, den des Jahres 1945. Der Krieg ging endlich zu Ende. Die Nachricht von Hitlers Selbstmord erreichte uns, bevor wir von unserer Versammlung nach Hause gingen. Das Gefühl der Erleichterung mischte sich mit der bangen Frage, was aus Europa, was aus Deutschland werden würde - und unsere sudetendeutschen Freunde hatten Grund zur zusätzlichen Sorge. Es zeichnete sich deutlich ab, daß sie in der neuen Tschechoslowakei keinen - geschweige denn einen gleichberechtigten - Platz haben würden.

Wir waren davon ausgegangen, daß die Sudetengebiete nicht bei Deutschland bleiben, sondern zur Tschechoslowakei zurückkommen würden. Wir hielten es für wahrscheinlich, daß man fanatische Nazis und solche, die Verbrechen auf dem Kerbholz hatten, veranlassen würde, die ihnen zugefallene deutsche Staatsangehörigkeit zu behalten und sich damit zurechtzufinden. Aber bis fast zuletzt konnten wir uns kaum vorstellen, daß man die Sudetendeutschen in großer Zahl oder gar in ihrer Gesamtheit deportieren und aussperren würde.

Vernünftige Erwägungen schienen eindeutig für ein Miteinander in der neuen Tschechoslowakei zu sprechen. Die Exilregierung in London ging zunächst von der gleichen oder einer ähnlichen Hypothese aus; Wenzel Jaksch und seine Freunde hielten entsprechend Verbindung. Die Dinge änderten sich grundlegend, als der Präsident im Exil zu einer Einschätzung kam, die pro-russisch sein sollte und leider nicht nur anti-deutsch war, sondern auch Europa verarmen half.

Ende 1945, während des großen Nürnberger Prozesses, erhielt ich erschütternde Berichte von der Grenze über das, was die eintreffenden Vertriebenen erlebt hatten. Ich sorgte dafür, daß diese Berichte zu Euren Freunden nach Stockholm und London gelangten. Einige der "Anti-Faschisten" - über 20.000 "Sudeten-Sozialisten" hatten in Lagern und Gefängnissen der Nazis gelitten - konnten zunächst noch bleiben, wurden jedoch im folgenden Sommer ebenfalls ausgewiesen. Die demokratische Welt hat damals kaum davon Kenntnis genommen.

Liebe Freunde, aus den Reihen dieser Vertriebenen ist nach dem Kriege Eure "Treuegemeinschaft", ist die Seliger-Gemeinde entstanden. Beim Neuaufbau der SPD haben diejenigen unter Euch, die alt genug waren, eine maßgebende Rolle gespielt. Ich habe oft gesagt, und ich wiederhole es: In mancher süddeutschen Region hätte es keine Ortsvereine unserer Partei gegeben, wenn Freunde aus der Seliger-Gemeinde sie nicht gegründet und gefördert hätten.

Weder Verfolgung noch Vertreibung haben den Aktivitätsdrang der sudetendeutschen Sozialdemokraten lähmen können. Und Ihr habt darüber hinaus die Kraft gehabt - über die Bitternis des verlorenen Landes, der verlorenen Häuser und Wohnungen hinweg -, mit uns anderen zusammen den Völkern des Ostens die Hand zur Verständigung zu reichen. Und dies, obwohl wir miteinander wissen, daß man die Völker manchmal kaum erreicht, wenn man mit den Regierungen Vereinbarungen trifft.

Die aus der Solidarität kommende Vernunft ist etwas, worauf Ihr - und mit Euch alle deutschen Sozialdemokraten - stolz sein könnt. Ihr tut gut daran, zusammenzubleiben und Euer Vorbild für die Jüngeren, denen so schmerzliche Erfahrungen erspart bleiben mögen, immer wieder in die Partei und in unser Volk hineinwirken zu lassen. (-/2.11.1981/vo-he/ca)

+

+

+

